

18.4.1998

Gespräch mit Alfred Mechttersheimer

„Unsere Idee ging von der gegenseitigen Bedingtheit des Nationalen und des Friedens aus.“

aus: Claus-M. Wolfschlag (Hg.), Bye-Bye '68... Renegaten der Linken, APO-Abweichler und allerlei Querdenker berichten, Leopold Stocker Verlag, Graz – Stuttgart 1998, S. 201 – 208.

Weshalb gerieten Sie anfänglich in die CSU und weshalb entfremdeten Sie sich dem christlich-sozialen Milieu?

Ich bin schon sehr früh in die Junge Union und in die CDU geraten, weil sich bei den konfessionell-politischen Verhältnissen in der damaligen Pfalz ein politischer Katholik zur Union hin orientiert, so wie früher zum Zentrum. Außerdem brachte Helmut Kohl damals Leben in die Union. Er war JU-Bezirksvorsitzender der Pfalz, ich Kreisvorsitzender in Neustadt an der Weinstraße. Dennoch wurde ich stärker von Werner Marx, dem späteren Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags, geprägt, der ein Kohl-Kritiker war. Freilich ist der Kanzler nicht ganz schuldlos, daß ich bereits mit 16 Jahren, es war 1955, in die Politik geraten bin. Weil Sie nach der CSU fragen: Das war eine Formalität: Wenn ein CDU-Mitglied nach Bayern zieht, wird er ohne sein Zutun an die Schwesterpartei CSU überwiesen, so auch damals 1970.

„Entfremdung“ ist ein euphemistischer Ausdruck für Parteiausschluß. Ich wurde 1981 aus der CSU ausgeschlossen. Der unmittelbare Anlaß war meine Rede bei der legendären Großkundgebung auf dem Bonner Hofgarten am 10. Oktober 1981. Nicht was ich gesagt habe – es war ein patriotischer Appell an beide Supermächte zur nuklearen Abrüstung -, sondern mit wem zusammen ich geredet hatte, störte die CSU-Führung. Der heutige bayerische Wirtschaftsminister Otto Wiesheu hatte eine Chance gesehen, sich als entscheidungsfreudiger Nachwuchspolitiker zu profilieren und gab die Parole aus: „Der Mann fliegt raus und dann kräht kein Hahn mehr nach ihm!“ Dies war nicht nur bössartig, sondern auch unklug, weil ich damals einen Mehrheitsprotest gegen die herrschende atomare Sicherheitspolitik artikuliert. In dieser Situation verhalf mir der Parteiausschluß zu großer öffentlicher Sympathie und Unterstützung aus dem wertkonservativen Bürgertum.

Damals wurde erneut deutlich, daß auch die CSU eben doch eine anti-nationale Partei ist, sonst hätte sie nicht – zumal als Oppositionspartei - die NATO-Nachrüstung noch euphorischer begrüßt, als die Schmidt-Regierung dies getan hatte. Die gerade auch bei Franz Josef Strauß durchaus vorhandene Erkenntnis, daß

der neue nukleare Rüstungsschritt ein Versuch war, die Risiken des Abschreckungssystems von den Siegerstaaten des Zweiten Weltkrieges auf die beiden Teile Deutschlands zu verlagern, konnte sich nicht gegen Ideologie und Westbindung durchsetzen.

Meine Sensibilität gegen den wachsenden nationalen Nihilismus der westdeutschen Nachkriegspolitik wurde durch die politikwissenschaftliche Beschäftigung mit der deutschen Rüstungs- und Außenpolitik geweckt. In einer Dissertation über das Kampfflugzeugs MRCA Tornado konnte ich nachweisen, daß jeder Versuch, die Sicherheitspolitik am nationalen Interesse auszurichten, innerhalb der von den Westmächten dominierten NATO chancenlos war.

Kurzer Sprung in die fernere Vergangenheit: Mit welchen Erfahrungen verbinden Sie die Jahreszahl 1968?

Damals studierte ich an der Freien Universität Berlin und war im RCDS aktiv. Wir teilten zu Beginn die Kritik an den verkrusteten Hochschulstrukturen und erzielten für unsere reformerischen Positionen bei den Wahlen zum letzten frei gewählten Studentenparlament überragende Ergebnisse. Die „roten Faschisten“, wie ich sie damals im Bayernkurier nannte, reagierten auf diese Niederlage mit pseudorevolutionärer Gewalt, die den Lehrbetrieb fast völlig lahmlegte. Es waren dann nur noch wenige, die darauf mit einem umgekehrten passiven Widerstand reagierten; bei Roman Herzog war ich in einem großen Hörsaal der Juristischen Fakultät einer von ganz wenigen noch verbliebenen Studenten.

Erstmals erhielt ich einen unmittelbaren Eindruck von einer politischen Schreckensherrschaft: Man versteckt sein Auto, geht nicht mehr alleine, leidet unter dem Verfolgungsdruck. Fassungslos sah ich die Studenten, die sich morgens an den Idealen der Aufklärung labten, nachmittags mit haßverzerrtem Gesicht über den Kudamm rennen. Zwar war ich als Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Verteidigungsministeriums vor linken Versuchungen einigermaßen gefeit, aber diese persönlichen Erfahrungen mit humanitär begründeter linker Barbarei sind sicher dauerhaft prägend.

Aus welchen Gründen engagierten Sie sich dann neben Gerd Bastian und Petra Kelly in der ‚Friedensbewegung‘? Was bedeutet Ihnen Frieden?

Ausgangspunkt war meine in der Friedensforschung bei Carl Friedrich von Weizsäcker in Starnberg gewonnene Erkenntnis, daß politische Neuerungen nicht inner-

halb des politischen Systems zu erreichen sind, sondern nur durch Druck von unten, durch außerparlamentarischen Protest.

Erst durch die Mitwirkung nichtlinker Kräfte wurde aus der alten Friedensbewegung an der Wende von den 70er zu den 80er Jahren eine politische Kraft. Die Kooperation zwischen kommunistischen und patriotischen Kräften, also zwischen jenen, die von Ost-Berlin und Moskau abhängig waren und jenen, die gegen die Atomwaffen beider Supermächte standen, war nicht unproblematisch. Aber die Erwartung, daß die Friedensbewegung den kommunistischen Systemen auf Dauer mehr zu schaffen machen würde als den kapitalistischen, ist voll bestätigt worden; schließlich ist mit den Raketen auch das sowjetische Imperium verschwunden. Und diejenigen, die in jahrelanger Widerstandsarbeit in der DDR die friedliche Revolution von 1989 vorbereitet haben, wissen, daß sie ohne die westdeutsche Friedensbewegung dazu kaum in der Lage gewesen wären.

Anders als Gerd Bastian habe ich zu den kommunistischen Teilen der Friedensbewegung stets auf inhaltliche und organisatorische Distanz geachtet. Wir konnten uns das leisten, weil wir mit dem gemeinnützigen Starnberger „Forschungsinstitut für Friedenspolitik“ und anderen Einrichtungen ein Gegengewicht zu den kommunistisch finanzierten Teilen der Friedensbewegung aufgebaut hatten. Dies wurde übrigens auch dort positiv beurteilt und gefördert, wo gegen unsere politischen Ziele Vorbehalte bestanden. Jedenfalls konnten wir mit einem beachtlichen Spendenaufkommen, für das sich beispielsweise der damals größte private Kaffeehändler der Welt einsetzte, unsere Unabhängigkeit behaupten und Versuche der Vereinahmung abwehren.

Meinen Friedensbegriff nenne ich „rational“, und er ist nicht von dem optimistischen Menschenbild der meisten Linken bestimmt. Konflikte sind unvermeidlich und unentbehrlich. Die entscheidende Frage ist, mit welchen Mitteln ein Konflikt ausgetragen wird. Und hierbei unterstelle ich Lernfähigkeit und die Möglichkeit, Bedingungen herbeizuführen, unter denen der Einsatz militärischer Mittel als selbstschädigend begriffen wird. Ein großes Problem: Bislang benötigte der Kapitalismus für sein Wachstum immer wieder Kriege. Profitiert haben davon nicht die Völker, sondern die wenigen, die den Kapitalismus tragen.

Das nukleare Abschreckungssystem war ein faszinierendes Beispiel von organisierter gegenseitig angedrohter Zerstörung, das wegen der Selbstschädigung den Krieg verhüten sollte. Deshalb waren als ich 1959 als Offizieranwärter in die Luftwaffe eintrat Militärdienst und Friedensdienst identisch, ja man sah sogar im nuklearen Abschreckungssystem eine pazifistische Antwort auf den Zweiten Weltkrieg. Der damalige Scherz, wonach man im Falle eines Krieges nach Hause gehen könne, weil man seinen Auftrag nicht erfüllt habe, hatte einen realen Kern. Weil aber die-

ses Abschreckungsverfahren für die Supermächte zu riskant wurde und sie die Lasten auf Mitteleuropa verlagerten, gab es keine kollektive Haftung mehr, womit dieses System immer weniger zur Kriegsverhütung taugte.

Heute werden weltweit die meisten Kriege fast ausnahmslos innerhalb der jeweiligen Staatsgrenzen geführt. Deshalb ist Kriegsursachenforschung nunmehr die Suche nach den Bürgerkriegsursachen. Die Massaker in Ex-Jugoslawien sollten gelehrt haben, daß ein Staat, der Heimstatt für viele Ethnien und Religionen sein will, zu einer Hölle auf Erden werden kann. Deshalb heißt Friedensarbeit für uns heute, die Verhinderung eines multi-ethnischen Siedlungsgebiets in Mitteleuropa.

Sie arbeiteten dann von 1987 bis 1990 als parteiloser Bundestagsabgeordneter für die Fraktion der Grünen. Verbinden Sie positive oder negative Erfahrungen mit dem grünen Milieu?

Für die Fraktion der Grünen habe ich nicht gearbeitet; ich war im Sinne des Artikels 38 des Grundgesetzes tatsächlich Vertreter des ganzen Volkes. Einem auch nur indirekten Fraktionszwang habe ich mich nicht gebeugt und beispielsweise gegen die Linie der Fraktion den wichtigen Verträgen zur deutschen Einheit wie der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 21. Juni 1990 selbstverständlich zugestimmt. Dem oft unmenschlich ausgetragenen internen Konflikt innerhalb der Grünen konnte ich mich weitgehend entziehen. Gelernt habe ich dabei, daß die Mißachtung der gescholtenen bürgerlichen Anstandsregeln mit seelischen Verletzungen bezahlt werden muß und daß diejenigen, die mit ihren moralischen Ansprüchen zu hoch greifen, im Alltag besonders tief fallen.

Die Grünen erwarteten auch gar nicht, daß ich Parteimitglied werden würde; ich repräsentierte ohnehin grüne Freunde wie Baldur Springmann oder Herbert Gruhl, die der Partei längst den Rücken gekehrt hatten. Ich bin jedoch den damaligen Grünen in Baden-Württemberg dankbar, daß sie diesen „deutschnationalen“ (das war noch die harmloseste Beschimpfung) Sprecher der Friedensbewegung in den Bundestag schickten. Bemerkenswert ist übrigens, daß ich zum Beispiel bei der Kritik an der israelischen Außenpolitik von den „Fundis“ unterstützt, von den „Realos“ um Fischer jedoch heftig kritisiert wurde. Eine ähnliche Konstellation zeigte sich immer wieder bei den Themen NATO und US-Außenpolitik. Es hatten sich antiimperialistische Vorstellungen mit nationalen Positionen getroffen ohne sich miteinander zu verbinden.

Heute versuchen Sie, die Organisation einer Deutschland-Bewegung aufzubauen. Was wird damit eigentlich bezweckt?

Neue Politik kommt nicht aus Parteien, sondern aus Bewegungen, aus geistigen Prozessen. Eine Bewegung läßt sich nicht schaffen, sie entsteht, wenn die objektiven gesellschaftlichen Widersprüche groß genug geworden sind. Einen solchen Prozeß kann man mit theoretischer und organisatorischer Arbeit lediglich verstärken und beschleunigen. Ich habe immer stärker den Eindruck, daß sich nunmehr im Volk ein Protest gegen die seit einem halben Jahrhundert betriebene Mißachtung deutscher Interessen entwickelt, auch wenn bislang nur die Folgen dieses strukturellen Defizits beklagt werden, wie Arbeitslosigkeit, Kriminalität oder Zuwanderung. In den neuen Bundesländern entsteht bereits jetzt von unten her aus der Protestkultur eine Alltagskultur im subpolitischen Raum. Eine Bewegung formiert die diffusen Stimmungen und macht sie politisch wirksam. Dies ist derzeit die Hauptaufgabe der Deutschland-Bewegung: die Artikulation des Protestes, die Enttabuisierung zentraler politischer Themen, die Entlegitimierung der heutigen Eliten.

Der Initiator der Bewegung, für die sich der Name „Deutschland-Bewegung“ herausgebildet hat, ist das Friedenskomitee 2000, das 1990 in Berlin-Mitte als Reflex auf die epochalen Veränderungen von sich national verstehenden Anhängern der Friedensbewegung aus beiden deutschen Staaten gegründet wurde. Sie bildeten als Befürworter des Konföderationskonzepts, wie es Herbert Ammon und Theodor Schweisfurth in ihrer berühmten Denkschrift Mitte der 80er Jahre entwickelt hatten, eine geistige Gemeinschaft, die sich mit der europäischen und deutschen Teilung nicht abfinden wollten, zu einer Zeit, als sich die Regierungen in Ost und West längst von der nationalen Einheit verabschiedet hatten. Unsere Idee ging von der gegenseitigen Bedingtheit des Nationalen und des Friedens aus.

Dieser Ansatz wurde von den Bonner Parteien verspielt. Statt ein selbstbewußtes und friedliches Deutschland aufzubauen, wurde mit einem bürokratischen teileuropäischen Integrationsprozeß mehr zerstört, als durch die deutsche Wiedervereinigung gewonnen wurde. Weil die Entnationalisierung Deutschlands der Preis für die Zustimmung der Westmächte zur Ostausdehnung der alten Bundesrepublik war, wurden die Voraussetzungen für ein Europa der Vaterländer zerstört. Deshalb muß die Grundlage für den Neubau gerechter und zukunftstauglicher Einheiten auf nationalstaatlicher und gesamteuropäischer Ebene geschaffen werden, wobei das nationale Interesse in allen europäischen Ländern ein konstitutives Element sein sollte. Deshalb brauchen wir einen breiten Prozeß der Information und Bewußtwerdung in einer neuen national-patriotischen Bewegung. Die Deutschland-Bewegung soll also die Grundlagen für eine andere Innen- und Außenpolitik schaffen.

Ist die ‚Deutschland-Bewegung‘ also eine Übertragung des Vorbilds ‚Friedensbewegung‘ auf ein neues Ziel? Oder ist das Ziel dasselbe, nur das Etikett ein anderes?

Die Friedensbewegung ist aus dem Protest gegen einen konkreten Rüstungsschritt entstanden. Mit dem Abbau der Mittelstreckenraketen war das gemeinsame Ziel entfallen und die Bewegung viel auf ihre frühere Bedeutungslosigkeit zurück. In der Ein-Punkt-Bewegung gegen die Pershing-Raketen konnten die unterschiedlichsten politischen Kräfte aktiv werden. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts geht es um die Bedingungen des inneren Friedens, der vor allem durch Zuwanderung und Entgrenzung der Nationalstaaten bedroht ist. Bei der heutigen Friedensfrage werden die Anhänger der zahlreichen politischen, ideologischen und religiösen Spielarten des Internationalismus selbst Teil des Problems. Das heißt, die Bekämpfung der Bürgerkriegsursachen muß sich nun auch gegen jene richten, die bisher beim Kampf gegen Rüstungswahn oder Waffenhandel Partner waren. Nur eine besonders qualifizierte Minderheit aus der alten Friedensbewegung ist diesen Weg in die neue Friedensarbeit mitgegangen ist. Allerdings begreifen in jüngster Zeit immer mehr linke Köpfe, daß heute relevante wissenschaftliche und praktische Friedensarbeit ohne diesen schmerzhaften Paradigmenwechsel keinen Sinn macht.

Ungeachtet dieser gravierenden inhaltlichen Unterschiede zwischen alter Friedensbewegung und neuer Deutschland-Bewegung gibt es in der praktischen Arbeit, vor allem bei den Formen des Protestes und Widerstands viele Gemeinsamkeiten. Da werden wir Erfahrungen aus der Friedensbewegung nutzen bis hin zu Formen des gewaltfreien Protestes, etwa gegen gewaltverherrlichende Fernsehsender. Wir haben bei der Mobilisierung gegen die Anti-Wehrmachtsausstellung Erfolge erzielt, die deshalb ermutigend sind, weil im nationalen und konservativen Spektrum wegen der traditionellen Staatsfixiertheit die Verweigerung und der Bekennermut auf der Straße etwas völlig Neues ist. Daß der Staat teilweise in antinationale Hände gefallen ist, muß erst in das Bewußtsein eindringen.

Empfinden Sie nicht den Versuch, eine im weitesten Sinne ‚national‘ ausgerichtete ‚Bewegung‘ zu initiieren, als völlig diskreditiert durch Bestrebungen in den dreißiger Jahren?

So wie die NSDAP nicht „Partei“ diskreditieren konnte, ist auch „Bewegung“ unverdächtig. Selbst die Antifa muß das schlucken, zumal die Bewegungen der letzten Jahrzehnte links oder auch links waren: Dritte-Welt-Bewegung, Frauenbewe-

gung, Umweltbewegung und andere. Wir knüpfen an die nationale Bewegung des 19. Jahrhundert an, auch an die soziale Bewegung.

Bewegung ist die Urform der Demokratie und die Geburtsstätte neuer Ideen und der Vorlauf für eine neue Politik. Selbst wenn aus der Bewegung heraus eine Partei entstehen sollte, bleibt die Bewegung als Verankerung im Volk wichtig. Eine Bewegung ist allerdings keine Organisation mit formellen Mitgliedschaften, sie ist ein virtueller geistig-politischer Bund von Menschen und Organisationen, die sich selbst bestimmen. Das Friedenskomitee 2000 hilft bei der konzeptionellen und praktischen Entwicklung, aber es darf kein Zentralkomitee werden. Die Koordination muß von Gremien geleistet werden, die aus der Bewegung heraus wachsen. Einen Anführer sollte es in einer Basisbewegung nicht geben, schon deshalb verbietet sich der Vergleich mit den dreißiger Jahren.

Habe Sie später Skepsis gegenüber Ihrer Vergangenheit gezeigt, also einen Wandlungsprozeß vollzogen oder haben Sie sich eigentlich nie gewandelt, sondern nur die Umgebung gewechselt, also das Arbeitszentrum dorthin verlagert, wo die eigene Selbstverwirklichung am meisten Erfolg versprach?

Wenn ich mich an der erfolgreichen Selbstverwirklichung orientieren würde, hätte ich es leichter gehabt. Ich stand oft vor offenen Türen zu den Pfründen: Bereits mit 36 Jahren war ich Oberstleutnant; ich hätte auch in der Union oder in der Wissenschaft vielversprechende Karrieren fortsetzen können. Aber ich mag mich nun mal nicht anpassen, wenn ich von einer Aufgabe nicht überzeugt bin. So wie ich heute nicht passiv bleiben möchte, wenn Deutschland dezimiert wird. Eine Konstante meiner gesamten politischen Arbeit ist der positive Bezug zum eigenen Land. Wenn Konservative oder Liberale sich in Anbiederung an fremde Interessen gegenseitig überbieten, dann fühle ich mich bei ihnen nicht wohl. Ich habe immer noch nicht begriffen, weshalb so viele national gesinnte Menschen für die Stationierung von Atomwaffen der Siegerstaaten auf deutschem Boden eintreten konnten. Ich bin jedoch froh, daß immer mehr heutige Mitstreiter die patriotischen Motive bei meinem damaligen Engagement gegen die US-Raketen erkennen. Übrigens rede ich mit jedem und besonders gern mit Geächteten. Außerdem kümmere ich mich nicht um Ettiketierungen wie „Agent Moskaus“ oder „rechtsextrem“. Wer eine Politik der Selbstbestimmung vertritt, braucht ein großes Selbstbewußtsein.

Würden Sie sich als ‚konservativ‘ bezeichnen?

Eher nein! Ich wehre mich dagegen nicht, aber der Kampf gegen Unrecht läßt sich schlecht mit der Mentalität des Bewahrens führen. Natürlich wollen wir Werte schützen und sind deshalb alle wertkonservativ. Dem Konservativen haftet etwas Defensives an, aber wie soll heute die Meinungsfreiheit bewahrt werden, wenn sie gar nicht mehr existiert. Konservativ darf man erst wieder sein, wenn das zu schützende Gut zurückgewonnen ist. Ich treffe immer wieder Konservative, die den Unrechtscharakter der internationalen und nationalen Machtstrukturen nicht erkennen, letztlich unpolitisch bis naiv und deshalb auch handlungsunfähig sind, was sich bereits in der Weimarer Republik gezeigt hat und heute in der Unfähigkeit zur politischen Organisation erneut bestätigt. Nein, mit Konservativen kann man Staat aber kaum Bewegung machen!

Stören Sie eigentlich die Vorwürfe, daß Sie durch ihren häufigen Lagerwechsel im Grunde nur die Rolle eines Trojanischen Pferdes in den verschiedenen Lagern gespielt haben?

Diese Vorwürfe kenne ich so nicht; aber mit dem Trojanischen Pferd verbinde ich eine erfolgreiche blutsparende Kriegslist; nur wüßte ich nicht, welche Bastionen ich auf diese Weise für wen erobert haben sollte. Meine politischen Ziele definiere ich schon selbst. Und von „häufigem Lagerwechsel“ würde ich bei einer einzigen Parteizugehörigkeit auch nicht sprechen. Meinen Gastaufenthalt in der grünen Bundestagsfraktion möchte ich nicht missen. Ich habe dort viel gelernt, was ich heute in die Deutschland-Bewegung einbringen kann. Diese neue Bewegung wird nur erfolgreich sein, wenn sie viel mehr ist als ein Projekt aus alten und neuen Rechten. Die Liebe zum Leben, zur Heimat, zur Natur, zum Nächsten und zum Frieden muß ein wichtiger Bestandteil unserer Bewegung werden. Erst dann wird eine neues Deutschland entstehen.